

Martin Vincentz zum dritten Mal AfD-Chef in NRW: Aber die Angriffe von Rechtsaußen werden giftiger

Gerade im bevölkerungsreichsten Bundesland werde eine „handlungsfähige und schlagkräftige AfD“ gebraucht, beschwor Parteichefin Alice Weidel gestern in einem Grußwort die 500 Delegierten des AfD-Landesparteitags in Nordrhein-Westfalen. Der größte Landesverband müsse als „geeint und vertrauenswürdig“ wahrgenommen werden. Tja, leichter gesagt als getan, wie sich in Marl danach zeigte.

Denn der Landeschef der NRW-AfD, Martin Vincentz, ist das bürgerliche Gesicht der ständig von Verfassungsschutz, Medien und politischer Konkurrenz unter Rechtsextremismus-Verdacht geframten Partei. Landesvorsitzender im größten und mitgliederstärksten Landesverband, der mehr Mitglieder hat als die AfD-Landesverbände in Ostdeutschland zusammen.

Und so ist klar, dass Rhein und Ruhr für die Rechtsaußen der Gesamtpartei, die nicht politisch gestalten, sondern in ihrer Wagenburg Deutschlands System schwächen und instabil gestalten wollen, so etwas wie ein „Battlefield Ground“ ist, ein entscheidendes Schlachtfeld.

Denn Martin Vincentz ist das Gegenmodell zu rechten Schreihälsen in Provinzregionen und den völkisch motivierten Vordenkern in Schnellroda. Er ist der lebende Beweis, wie die AfD anschlussfähig werden könnte an die politische Mitte der Gesellschaft – 38 Jahre jung, ein Familienvater, Allgemeinmediziner, römisch-katholisch vom Niederrhein. Einer, der auch ohne politische Ämter bestens klarkommt und der keine Verwandten fürs Familieneinkommen irgendwo unterbringen muss. Ein Patriot, sympathisch und erfolgreich mit seinem Landesverband.

Aber die AfD ist anders als andere Parteien

Denn gerade deshalb haben ihn viele in der AfD, organisieren rechte Netzwerke, promoten Gegenkandidaten. Weil sie nicht wollen, dass ein bürgerlich-konservativer Spitzenmann zum prägenden Gesicht der AfD wird.

Gestern hat er sich noch einmal durchgesetzt, wurde mit 54,7 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt.

Sein Gegenkandidat, der Bundestagsabgeordnete Fabian Jacobi, kam auf starke 43,4 Prozent.

Zuvor hatte es einen harten Schlagabtausch mit Vincentz-Gegnern und -Unterstützern auf offener Bühne gegeben mit Vorwürfen („Lügner“, „Intrigant“), lauten Buhrufen und Pfiffen für den Chef, der allerdings auch bei seiner Rede immer wieder lautstark gefeiert wurde.

Dabei warb er für einen moderaten Kurs seiner Partei und kritisierte besonders die neu gegründete Nachwuchsorganisation Generation Deutschland (GD). „Die Menschen in NRW wollen nicht irgendwelche Verrückten von rechts“, rief er in den Saal. Das Pendel der AfD dürfe nicht auf die rechte Seite

umschwenken. Auch für diese Aussage starker Beifall und gleichzeitig viele Buhrufe.

Vincentz legte vor den Delegierten eine Erfolgsbilanz vor, verwies darauf, dass die AfD unter seiner Führung ihr Ergebnis bei der Kommunalwahl auf 14,5 Prozent fast verdreifacht habe. Die AfD stehe kurz davor, in NRW 14.000 Mitglieder zu haben. „Wir brauchen keine AfD, die sich gegenseitig bekämpft, sondern die sich gegenseitig hilft und zusammensteht“, bekräftigte er.

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich, rechter Flügelmann und Strippenzieher gegen Vincentz in Nordrhein-Westfalen, der in erster Instanz aus der Landespartei ausgeschlossen wurde, durfte übrigens in Marl nicht in den Saal.

Vincentz hat gewonnen, aber mit einem schlechteren Ergebnis als vor zwei Jahren. Und die bisher komfortable Mehrheit im Landesvorstand ist auch Vergangenheit. AfD-Insider sprechen jetzt von im Idealfall 7:5 sicheren Stimmen für den wiedergewählten Chef. Gemütlicher wird es für ihn nicht.

Beunruhigendes aus der Schattenwelt: Organhandel, Leihmutterschaft und Kinder-Produktion

Auch heute ich wieder mal kein guter Morgen, zumindest wenn Sie unseren Aufmacher bei *TheGermanZ* [gelesen](#) haben. Es geht darin um das miese Geschäft mit dem Organhandel in China, also ein Thema, von dem man eigentlich gar nicht so genau wissen möchte, was auf dieser Welt tatsächlich passiert. Das sind keine „Urban Legends“. Da werden Menschen getötet, um junge Organe an gut zahlende Kunden auf dem globalen Schwarzmarkt zu verschachern. Gut belegt, unzweifelhaft. Das passiert wirklich.

Und wir in den Ländern des Westens lassen es geschehen. Was wollen Sie auch jemandem sagen, bei dem das Überleben des eigenen Kindes von einem Spenderorgan abhängt?

Es ist die dunkle Seite des Kapitalismus, die in instabilen und armen Gesellschaften Menschen in Not zu einer verfügbaren Ware macht.

Und dabei ist Organhandel nur ein Thema des Grauens. Auch Leihmutterschaft ist ein weiteres Feld, in dem alle ethischen Grenzen gerissen werden. Frauen in schlimmsten Lebensverhältnissen, bitterarm, verkaufen das, was sie noch haben: ihren eigenen Körper. Als Prostituierte, als lebender Brutkasten oder auch mal eine Niere. Für 1.000 oder vielleicht 2.000 US-Dollar. Das große Geschäft machen die staatlichen Hintermänner oder mafiöse Banden – global bestens vernetzt.

Soll ich aufhören? Oder wollen Sie noch mehr wissen?

Es beginnt oft in unscheinbaren Häusern in den Vororten nigerianischer Großstädte. Hinter hohen Mauern, die nach außen hin wie private Entbindungskliniken oder Waisenhäuser wirken. Dort verbirgt sich einer der grausamsten Auswüchse der globalen Ungleichheit: sogenannte „Baby-Fabriken“ (*baby factories*). Junge Frauen, die in extremer Armut leben, werden geködert oder entführt und geschwängert, um die „Ware Kind“ für den illegalen Markt zu produzieren. Ein Neugeborenes wird dann für einige tausend Dollar verkauft – ein Bruchteil dessen, was westliche Abnehmer am Ende der Kette bezahlen. Für was auch immer. Hier zeigt der Kapitalismus seine düsterste Fratze: Der menschliche Körper wird zum Produktionsmittel, Neugeborene zum Exportschlager.

Wer kümmert sich wirklich mit Nachdruck um das Thema? Ja, ein paar Menschenrechtsorganisationen, irgendein Ausschuss der Vereinten Nationen und Interpol natürlich. Aber auf mich wirkt das alles wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Gut gemeint, aber in sekundenschnelle verdampft.

Was in Nigeria als Babyhandel beginnt, setzt sich weltweit in anderen Formen der körperlichen Verwertung fort.

Die Landkarte des Grauens folgt dabei dem ökonomischen Gefälle. In den Elendsvierteln von Manila, den Flüchtlingslagern in Ägypten oder den ländlichen Regionen Nepals ist die Niere oft die letzte „Währung“, die einem Menschen bleibt, um Schulden zu begleichen oder das Überleben der Familie zu sichern. Globale Hotspots des Organhandels sind so etwas wie ein dunkler Spiegel der Weltordnung. Während im globalen Norden die medizinische Technik Leben verlängert, liefert der globale Süden die „Ersatzteile“.

In China wurde der Organraub über Jahre hinweg nahezu industriell in staatliche Strukturen integriert. Hier dienen in Straflagern besonders Mitglieder der Bewegung „Falun Gong“ oder anderer Minderheiten wie Uiguren, Tibeter, angeblich sogar Gläubige christlicher „Hauskirchen“ der Ausbeutung als menschliche Ersatzteillager. In Südamerika, Osteuropa oder Zentralasien agieren kriminelle Netzwerke als Organ-Dealer. Sie nutzen die Korruption in Privatkliniken und das Versagen staatlicher Aufsicht skrupellos aus.

Und Leihmutterschaft?

„Wir wollten doch so gerne ein Kind, konnten aber keins bekommen“, hört man dann immer wieder.

Ethisch ist der Schritt vom Organhandel zur kommerziellen Leihmutterschaft kleiner, als viele wahrhaben wollen.

Auch hier wird eine biologische Funktion – die Austragung eines Kindes – käuflich und dient der Gewinnmaximierung. Während Befürworter von „Selbstbestimmung“ sprechen, zeigt die Realität in Ländern wie der Ukraine, Georgien oder Staaten Lateinamerikas, dass es meist Frauen in finanzieller Abhängigkeit sind, die ihren Uterus vermieten. Sobald eine Gebärmutter oder eine Niere einen Preiszettel trägt, wird die Integrität des Individuums aufgelöst. Der Mensch ist dann kein Subjekt mehr, sondern eine Summe verwertbarer Teile.

Als ich noch jung war, wusste ich von all dem nichts.

Mit dem Internet erschließt sich einem eine andere Welt, von der man gehofft hatte, dass es sie gar nicht gibt. Heute weiß ich, dass es sie gibt, und ich fürchte, das Tor zur Hölle ist längst weit offen.

Die biologische Unversehrtheit wird ein Privileg der Reichen. Und Armut bedeutet in wachsenden Regionen der Welt nicht mehr nur den Mangel an Geld, sondern den Verlust der körperlichen Substanz.

Wenn Gentherapien, Designerkinder und Organ-Printing marktreif werden, wird der Druck auf die Armen steigen, ihre „natürlichen“ Ressourcen zu verkaufen. Doch wo bleibt dann noch so etwas wie die Menschenwürde? Ist diese rote Linie erst einmal überschritten, gibt es kein Zurück mehr. Was für eine Welt hinterlassen wir unseren Kindern?

Sie können meine publizistische Arbeit mit Ihrer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal @Vers 1 Medien GmbH unterstützen. Vielen Dank!

„Deutschlandtrend“ von Infratest dimap: Union jetzt 5 Prozent vor der AfD

CDU/CSU erholen sich leicht, AfD schwächt sich leicht ab. Keine tektonischen Verschiebungen, aber beim Blick auf die vergangenen Wochen leicht zu analysieren.

Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, kämen CDU/CSU auf 28 Prozent, wie der neue ARD-„Deutschlandtrend“ von Infratest dimap ergab. Das sind zwei Prozentpunkte mehr als Anfang Februar. Die von einer Vetternwirtschaftsaffäre gebeutelte AfD büßt derweil einen Punkt ein und erreicht jetzt 23 Prozent. Der Abstand zwischen Union und AfD wächst somit von 2 auf 5 Prozentpunkte an und ist so hoch wie zuletzt im Sommer vergangenen Jahres.

Die SPD verschlechtert sich danach um einen Punkt und würde nun von 14 Prozent gewählt. Die Grünen legen einen Punkt auf 13 Prozent zu. Die Linke verliert einen Punkt auf 9 Prozent. Alle übrigen Parteien bleiben unterhalb der Fünfprozenthürde. Rechnerisch möglich wäre damit in erster Linie eine Dreier-Koalition aus Union, SPD und Grünen.

Der entmenslichte Kunde: Von Service-Hotlines, Warteschleifen und Chatbots...

Ich bin echt nicht der Typ des Meckerers, und ich habe jedes Verständnis, wenn Unternehmen gerade in solchen Zeiten Einsparpotenziale heben müssen, wo immer es möglich ist. Aber all die Hotlines, Callcenter und Chatbots gehen mir wirklich auf den Zeiger.

Lassen Sie mich ein ganz aktuelles Beispiel von heute Morgen aus meiner Küche erzählen, damit Sie verstehen, worauf ich hinaus möchte.

Ich habe eine Kaffeemaschine – kein Luxus-Ding mit drei Tanks für Soja-, Hafer- und Mandelmilch zum Aufschäumen. Die hat auch nicht 10.000 Euro gekostet oder 5.000, sondern ist von Tchibo für 168 Euro. Sie kann mittleren Kaffee, großen Kaffee und Espresso. Mit Kapseln, die wir heute „Tabs“ nennen müssen – nicht zu verwechseln mit Tapas, das ist etwas anderes.

Und weil heute Morgen plötzlich kein Kaffee mehr durchlief, nahm ich die Bedienungsanleitung zur Hand und reinigte vorschriftsmäßig die Maschine, zerlegte sie und baute sie wieder zusammen. Kinderleicht, so wie früher beim Bund das G3 mit verbundenen Augen in 90 Sekunden.

So weit, so gut

Doch Kaffee ließ sich trotzdem nicht aufbrühen, nur die Pflege-Taste leuchtete. Kein Problem, denke ich. In Deutschland ist der Kunde König – also Servicenummer von Tchibo angerufen. Tatsächlich ging schnell jemand dran, ein richtiger Mensch, sehr nett, aber bei der Lösung meines Problems konnte er mir leider nicht helfen. Ich sollte ihm nun aber erstmal meine Kundennummer sagen. Ich habe aber keine. Ich bin einfach mal vor zwei Jahren in einen Tchibo-Laden geschlendert und habe mir die Maschine gekauft.

Nun, wenn das so sei, dann müsse ich auf *tchibo.de* gehen und mich erstmal registrieren, um Hilfe zu bekommen. Ich dankte und rief die Website auf.

Online-Konto angelegt, Service/Hilfe angeklickt und ein Feld öffnete sich, in das ich meine Frage eintragen durfte – nachdem ich vorher bestätigt hatte, dass ich nicht „divers“, sondern einfach nur ein Mann bin. Ich also mein Problem ins Feld eingetragen. Bloß: Meine Nachricht war nicht abzuschicken. Mit der Enter-Taste nicht, und der einzige Button, der noch anzuklicken war, führte zu „weiteren Fragen“. Inzwischen nervte es mich kolossal, denn in meinem Alter ist Lebenszeit etwas sehr Kostbares. Keine Antwort, keine Mail, dafür noch die Frage, ob ich den Newsletter bestellen möchte oder weitere Kaffeemaschinen und – ganz wichtig – ob ich die Datenschutzerklärung auch ganz genau durchgelesen, am besten auswendig gelernt habe.

Der Kunde ist König, heißt es...

„Und hier bin ich, der Kunde“, wie der großartige Michael Douglas in *„Falling Down“* gegenüber dem Betreiber des Schnellrestaurants klarstellt, bevor er die Maschinenpistole aus der Sporttasche zieht.

Dieses Hotline-System ist eine Zumutung, jedenfalls das real existierende. Sie können sich nicht vorstellen, wie viele Stunden meines Lebens ich inzwischen in Vodafone-, BMW- oder Warteschleifen der Deutschen Rentenversicherung verbracht habe, um eine Antwort auf eine kleine Frage zu bekommen, die ich aber mindestens bei der Hälfte der zeitintensiven Prozedur nicht bekomme. Waren Sie zufrieden mit der Antwort? Fuckin' nein, das war ich nicht...

Man verbringt mehr Zeit mit Fahrstuhlmusik als mit echten Menschen, man bespielt Sprachmenüs, die das Problem nicht verstehen oder einen im Kreis herumschicken. Und wenn man durchkommt, haben die Mitarbeiter oft mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache oder keine Befugnis, etwas zu entscheiden.

Eine Umfrage der Verbraucherzentrale erbrachte das wenig überraschende Ergebnis, dass jeder Fünfte in Deutschland regelmäßig negative Erfahrungen mit dem telefonischen Kundenservice macht. 55 Prozent der Konsumenten äußern sich unzufrieden über den Service von Kommunikationsdienstleistern. Rund 70 Prozent der Probleme, die Kunden melden, bleiben beim ersten Kontakt ungelöst.

Was wäre die Lösung für all das?

Setzen Sie deutschsprachige und kompetente Menschen ins Callcenter, die freundlich sind und Entscheidungen treffen dürfen. Das kostet allerdings wieder Geld. Und damit ist der Kunde eben doch kein König mehr, sondern weiter der Dumme.

Ich gehe jetzt zu Fuß rüber zu McDonald's und ziehe mir da ein koffeinhaltiges Heißgetränk. Und wenn das so heiß ist, dass ich mir die Lippen verbrenne, rufe ich die Hotline vom McDonald's-Headquarters in Chicago an und brülle auf den Anrufbeantworter, dass ich sie auf 2 Millionen Dollar Schadenersatz verklagen werde...

Berlin hat die Wahl: Wer Wohnraum will, wählt links - wer links wählt, verhindert Wohnraum

Wenn Sie sich im Tennis ein bisschen auskennen, dann wissen Sie, was man unter einem „Matchball“ versteht. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hat das Kunststück geschafft, innerhalb weniger Wochen zwei Matchbälle zu versemeln, die ihm mit hoher Wahrscheinlichkeit eine weitere Amtszeit im Roten Rathaus beschert hätten.

Beim Stromausfall im Südwesten zum Beispiel, als wir statt eines mitfühlenden Landesvaters, der Probleme der frierenden Bürger gleich vor Ort löst und heißen Tee an die Helfer verteilt, einen Regierenden erleben mussten, der sich Zeit für seine Tennisstunde nahm, während Zehntausende unter den Folgen eines linksradikalen Terroranschlags litten.

Und dann das Glatteis-Chaos mit zahlreichen Unfällen und Verletzten durch Stürze auf vereisten Gehwegen. Und Wegner, der Richtlinienkompetenz hat, ordnet nicht etwa an, dass sofort Salz gestreut wird, auch wenn das der Umweltlobby nicht in den Kram passt. Einen führungsstarken Regierenden hätten wir da gerne erlebt. Hätten wir ...

Ist also Schwarz-Rot nur eine kurze Episode?

Wenn am 20. September das Abgeordnetenhaus neu gewählt wird, blickt unsere Stadt auf dreieinhalb Jahre schwarz-rote Koalition zurück, die mit dem Versprechen angetreten ist, Berlin einfach mal machen zu lassen. Doch die Realität sieht für viele Berliner anders aus.

Die Unzufriedenheit mit der Arbeit des Senats unter dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) ist in aktuellen Umfragen auf einem Höchststand. Mehr als 60 Prozent der Berliner geben an, mit der Regierungsarbeit unzufrieden zu sein. Man wirft Wegner vor, bei den großen Themen wie der Verwaltungsreform oder dem Wohnungsbau zu wenig geliefert und sich zu oft in internen Streitigkeiten mit dem Koalitionspartner SPD verheddert zu haben.

Aber in der Sonntagsfrage liegt die CDU mit etwa 23 Prozent weiter deutlich auf Platz eins. Wegner profitiert von der Zersplitterung seiner Gegner und von der schieren Verzweiflung der Bürgerlichen, die nach dem Hinscheiden der FDP und der Putinisierung weiter Teile der AfD heimatlos geworden sind. So gilt Wegner vielen Berlinern als kleineres Übel gegenüber einem drohenden rot-rot-grünen Block, der die angeschlagene Hauptstadt definitiv weiter in die Grütze führen würde.

Es ist ja seit vielen Jahren für Außenstehende rational nicht nachzuvollziehen, warum eine deutliche Mehrheit der Berliner immer wieder diejenigen wählt, die die offenkundigen Probleme nicht nur nicht lösen, sondern verschlimmern.

Ein Beispiel ist der fehlende Wohnraum

Berlin ist weiter ein Magnet für den alljährlichen Zuzug tausender Menschen. Das hängt damit zusammen, dass hier Deutschlands Regierung sitzt, mit allerlei Begleitzug aus Wirtschaftsverbänden, Kreativagenturen, Beratern und NGOs. Gut bezahlte „Jobs, Jobs, Jobs“, wie der aktuelle US-Präsident rufen würde.

Der ideale Nährboden für Stadtentwickler und kapitalkräftige Investoren. Berlin, da hatte Klaus Wowereit (SPD) einst völlig recht, ist „arm, aber sexy“. Aus dieser Stadt könnte man etwas Großes machen, eine pulsierende und vor allem prosperierende Metropole im Herzen Europas, wie man so schön sagt.

Aber die Wähler in Berlin wollen das nicht

Warum auch immer. Wollten sie mehr Bautätigkeit, Investitionen, einfache Genehmigungsverfahren und mehr staatliches Geld für diesen Sektor, dann müssten sie die Parteien wählen, in denen diese Leute ihre Repräsentanz haben. Früher waren das in Berlin CDU und FDP, bei denen sich – ich sage es mal salopp – allerlei „Bauluden“ tummelten. Das Problem dabei: Wenn diese Leute investieren und bauen und auch Risiken eingehen sollen, was angesichts einer massiv gestiegenen Nachfrage dringend notwendig wäre, dann wollen sie auch Profit machen. „*Money makes the world go round*“, wusste schon Liza Minnelli. Und ja, Kapitalismus ist angetrieben von Profitstreben; wir in Deutschland haben die Soziale Marktwirtschaft erfunden, die ungehemmten Kapitalismus eindämmt. Eine gute Erfindung.

Aber so tickt der Berliner eben nicht

Der Berliner liebt seine „Kieze“, seine Pluderhosen-Muttis, seine bräsige Multikulti-Romantik sonntagsnachmittags am Mauerpark. Und er wählt links, was für die linken Parteien eine Win-win-Situation ist. Die verhindern nämlich nach Kräften, dass gebaut und Gewinn erwirtschaftet wird, trommeln und stimmen dagegen.

Am 26. September 2021 stimmten 59,1 % der Berliner – mehr als eine Million Bürger (ca. 1,03 Millionen Menschen) – für die Verstaatlichung großer Immobilienkonzerne, um „die Mieten bezahlbar zu halten“. Gott sei Dank hat so ein Volksbegehren in Berlin nur appellativen Charakter; der Senat ist nicht gezwungen, das Ergebnis dann auch umzusetzen. Warum sollte ausgerechnet so was hier klappen?

Der Senat setzte eine Expertenkommission ein, die nach zwei Jahren Beratung zu dem Ergebnis kam, dass man Verstaatlichung rechtlich machen könne, die Hürden aber hoch seien. In Deutschland sind die Hürden immer hoch – wegen irgendwas.

Die schwarz-rote Koalition unter Wegner hat dann im Dezember 2025 einen Entwurf für ein Rahmengesetz vorgelegt, das so geschrieben ist, dass Enteignungen faktisch verhindert oder extrem erschwert werden. Ich liebe diese Stadt ... irgendwie.

Also zusammengefasst ...

Der Berliner fordert mehr bezahlbare Wohnungen, lehnt aber die Kapitalisten und Parteien ab, die ihm die notwendigen Häuser bauen können, weil die damit auch Geld verdienen würden. Stattdessen wählt man linke Parteien, die Bautätigkeit nach Kräften verhindern – und das mit zum Teil irren Begründungen.

So verzögerten sogenannte Naturschutzverbände in Pankow das Großprojekt „Pankower Tor“ mit seinen 2.000 neuen Wohnungen um Jahre, weil dort die seltene Kreuzkröte ihr Zuhause hat. Ein anderes Wohnbauprojekt wurde für ein ganzes Jahr gestoppt, weil man zuvor die Auswirkungen der Baumaßnahmen auf die heimische Insektenpopulation prüfen wollte.

Schön auch: In Reinickendorf durften hunderte Wohnungen *nicht* gebaut werden, weil das Land Berlin

den Bau einer Grundschule aus Geldmangel streichen musste. In Berlin gibt es aber ein Gesetz, das keine Baugenehmigungen zulässt, wenn im Nahbereich nicht auch eine Grundschule existiert. Und so weiter – man könnte endlos erzählen vom täglichen Irrsinn in unserer Metropole, die aber erstaunlicherweise irgendwie noch zu existieren scheint.

Zusammengefasst: Der Berliner wählt links, was dazu führt, dass er keinen bezahlbaren Wohnraum bekommt. Und weil er deshalb zu wenig Wohnraum hat, ist er unzufrieden und wählt auch wieder links, weil er glaubt, das würde automatisch den Wohnungsmangel stoppen. Ein ewiger Kreislauf. Glauben Sie mir, es sieht hier zwar anders aus, aber die DDR ist in den Köpfen vieler Berliner quicklebendig. Der Staat wird's schon richten.

Neben der Achillesferse Mieten und Wohnen hat Berlin zwei weitere Hauptprobleme

Innere Sicherheit und Migration: Das ist weiter ein Konjunkturprogramm für die AfD, die vermutlich weiter deutlich zulegen wird. Obwohl die CDU bei der Polizeireform eine Menge richtig gemacht hat. Und die Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich haben hier eine lange, liebgewonnene Tradition. Das ist dann das Konjunkturprogramm für die Linke.

Kenia oder linker Block?

Stand heute haben CDU und SPD keine eigene Mehrheit mehr. Nach der Wahl könnte Wegner vielleicht die Grünen mit ins Regierungsboot locken. Die haben keine gemeinsamen Ziele außer dem Willen zur Macht. Bleibt als Alternative, da die „Alternative“ nicht mitspielen darf, nur der linke Block aus SPD, Grünen und Linken, vielleicht sogar BSW. Das wäre der Super-GAU für Berlin, denn die SPD wäre mit Grünen und Linken nur der Juniorpartner am Katzentisch und die Destruktiven könnten tun und lassen, was sie wollen.

AfD schmeißt Abgeordneten aus der Bundstagsfraktion

Die AfD-Bundestagsfraktion hat ihr Mitglied Jan Wenzel Schmidt (34, Sachsen-Anhalt) rausgeworfen. In einer Fraktionssitzung sprachen sich heute 80 Prozent der anwesenden AfD-Abgeordneten für einen Ausschluss Schmidts aus.

Grund ist ein Interview, das Schmidt gegenüber „Nius“ gegeben und darin öffentlich die eigene Partei als „Beutegemeinschaft“ bezeichnet hatte.

Schmidt steht allerdings seit Ende 2025 selbst in der Kritik, weil er Mitarbeiter seiner E-Zigaretten-Firma zum Schein in seinem Bundestagsbüro beschäftigt und so Steuergeld veruntreut hatte. Als die AfD

gegen Schmidt ein Ausschlussverfahren einleitete, drohte er mit Enthüllungen über „Vetternwirtschaft“.

In der Krise hören wir erstmal, was wir alles nicht können

Ein Airbus A380 der Lufthansa ist ohne Passagiere von Abu Dhabi in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) nach München geflogen. Ohne Passagiere. Und das, obwohl sich Zehntausende in der Region dringend aus dem Kriegsgebiet verabschieden wollen.

Eine Passagierbeförderung sei zwar geprüft worden, sei aber leider nicht möglich, schreibt die Fluggesellschaft. An Bord der Maschine seien nämlich lediglich zwei Piloten. Aber – Vorschrift ist Vorschrift – für die Beförderung von Passagieren wäre eine mindestens 17-köpfige Kabinencrew erforderlich gewesen, die leider nicht zur Verfügung gestanden habe.

Tja, da kann man nichts machen, oder?

Mich erinnert das an einen Vorfall ziemlich zu Beginn des Afghanistan-Krieges, der im August 2003 bekannt wurde.

Da durften Bundeswehrsoldaten nicht mit ihren NATO-Partnern auf Patrouille ausrücken, weil – halten Sie sich bitte fest – Jeeps vom Typ „Wolf“ und andere Fahrzeuge für den Dienstbetrieb gesperrt wurden. Denn: Ihre Plaketten zur Abgassonderuntersuchung (ASU) waren abgelaufen.

Unser Land ist einzigartig

Inmitten eines heißen Krieges setzten die militärisch und politisch Verantwortlichen in Berlin die Durchsetzung deutscher Umweltstandards durch. Kein Wunder, dass manche internationale Partner sich über uns lustig machen. Zumal dort damals und wahrscheinlich heute auch die Luftqualität durch Schrottautos und Dieselruß sowieso katastrophal ist.

Nach Beginn des russischen Angriffskriegs im Februar 2022 gegen die Ukraine hat der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz von einer „Zeitenwende“ gesprochen. Die gibt es bis heute nicht. Wann immer eine Krise ist, erfahren wir erst mal, was alles nicht geht und was wir alles nicht können.

Stromausfall in Berlin – wir haben keine Notstromaggregate verfügbar. Militärpatrouille in der Hölle am Kundus – tut uns leid, die ASU-Plakette fehlt. Deutsche stecken fest im Kriegsgebiet – leider ist keine Evakuierung möglich, weil das Personal nicht ausreicht, um Bordservice zu machen und Tomatensaft auszuschenken ...

Konsequent das Richtige tun, auch wenn es kompliziert ist

Die Bundesregierung hat sich an Tag 2 des Angriffs der USA und Israels auf den Iran und das Mullah-Regime erstmals zu Wort gemeldet.

Der Bundeskanzler staatstragend und wie meistens außenpolitisch in guter Form. Deutschland steht in diesen Stunden klar auf Seiten seiner Verbündeten.

„Wir teilen die Freude, dass das Regime jetzt an sein Ende kommt“, so Merz unter Bezug auf die Freudenfeiern im Iran und überall auf der Welt, so auch heute am Brandenburger Tor in Berlin. Man habe jahrelang die Bemühungen unterstützt, das Terrorregime in Teheran zu stürzen. Der Angriff gegen den Iran sei völkerrechtlich gerechtfertigt. Merz bezeichnete es als ‚Dilemma‘, dass in den vergangenen Jahrzehnten mit Sanktionen nichts gegen die Führung in Teheran erreicht worden sei. Der Bundeskanzler verwies darauf, dass es in den vergangenen zehn Jahren wiederholt Anschläge in Deutschland und Europa gegen Iraner im Exil gegeben habe. *„Wir wissen, dass iranische Nachrichtendienste in Europa und in Deutschland tätig sind.“*

So weit, so gut. Doch dann kündigt die Bundesregierung am Abend „defensive Gegenmaßnahmen“ an – ein Begriff, den ich zumindest vorher noch nicht gehört habe. Entweder ist man defensiv, oder man leitet Gegenmaßnahmen ein.

Und Verteidigungsminister Johann Wadephul erklärt den Iran auch zu „einer Gefahr für Europa“. Tausende Urlauber aus der ganzen Welt sitzen im Nahen Osten fest. Und dann sagt Wadephul, man werde aber deutsche Staatsbürger nicht evakuieren, weil „die Lufträume insgesamt geschlossen“ seien. Und da ist wieder der Punkt, der mich nervt

Unsere westlichen Verbündeten erwarten von Deutschland, Verantwortung zu übernehmen. Und das nicht nur mit wohlfeilen Reden. Wenn Bundesregierung und Bundestag der Meinung sind, wir müssten Gegenmaßnahmen ergreifen, dann sollen sie das tun. Und wenn Deutsche in Dubai und anderswo festsitzen, dann müssen wir diese Leute rausholen. Punkt. Unsere Streitkräfte müssen in der Lage dazu sein. Deutschland muss endlich begreifen, dass die gemütlichen Zeiten vorbei sind und dass bei kriegesischen Auseinandersetzungen weder gebrauchte Schutzhelme noch Überflugrechte Faktoren sind, um uns davon abzuhalten, das Richtige zu tun...

Gesellschaft in Geiselhaft: Ist jetzt der richtige Zeitpunkt für weniger Arbeiten und gleichzeitig mehr Lohn?

Darf man Gewerkschaften eigentlich noch kritisieren? Oder muss man alles hinnehmen, was die tun – als einfacher Bürger, als Unternehmer oder auch als Staat? Fast scheint es mir so, und deswegen erlaube ich

mir, das heute mal zu hinterfragen.

Die Gewerkschaft ver.di zum Beispiel startet heute mit einem Warnstreik, der den öffentlichen Personennahverkehr bis etwa Sonntagmorgen weitgehend lahmlegen soll. Busse, Trams und U-Bahnen sollen für 48 Stunden in den Depots bleiben. Berlin ist besonders betroffen, aber auch Großstädte wie München, Nürnberg, Frankfurt/M., Kassel und so weiter.

Gerade Berlin – das sich manche, die demnächst wieder hier die Regierung hier stellen könnten, gerne als autofreie Stadt wünschen.

Wie macht man das eigentlich als Arbeitnehmer in einer „autofreien Stadt“, wenn Gewerkschaften den öffentlichen Personennahverkehr in Geiselhaft nehmen? Mit dem Fahrrad oder Schlauchboot auf Schicht und das Bruttosozialprodukt steigern?

Und für was überhaupt?

ver.di zum Beispiel fordert in den kommunalen Verkehrsbetrieben unseres Landes „Erleichterungen für die Beschäftigten“. Kürzere Wochenarbeitszeiten und in Bayern, Brandenburg, Saarland, Thüringen sowie bei der Hamburger Hochbahn geht es – was sonst – um höhere Löhne und Gehälter.

Weniger Arbeit, mehr Geld – das hätte ich auch gern, aber keine Chance.

Wenn Sie Unternehmer sind und Krise ist, dann sind Sie am Ar..., da hilft Ihnen niemand. Und wenn Sie es doch schaffen – viele Unternehmer und Existenzgründer sind clever, und sie schaffen es mit harter Arbeit, Ideenreichtum und Improvisationsvermögen dann doch wieder, erfolgreich zu bleiben und Geld zu verdienen –, dann kommt Frau Reichinnek, die mit dem von uns bezahlten A 8, und will es Ihnen wegnehmen.

Der Wert von Selbstständigkeit, Unternehmertum und Risikobereitschaft wird in Deutschland überhaupt nicht wertgeschätzt. Stattdessen schafft man Regeln über Regeln, regiert in die Unternehmen hinein, baut bürokratische Hemmnisse en masse auf.

Wenn alle nur noch angestellt arbeiten – beschäftigt am besten beim Staat und seinen Unternehmen –, dann gibt es keinen Wohlfahrtsstaat mehr wie den unseren. Aber erklären Sie das mal denen, die unkündbar beim Staat oder mit üppigen Versorgungsansprüchen beim Öffentlich-rechtlichen Rundfunk ihr Dasein fristen!

Demnächst ist Betriebsratswahl bei Tesla in Grünheide (Brandenburg)

Tesla-Boss Elon Musk hat die Belegschaft – fast 11.000 Leute – in einer aktuellen Videobotschaft gewarnt, die IG Metall zu wählen. Das ist erst einmal ungewöhnlich, vor allen Dingen, weil seine ‚Gigafactory‘ in der Provinz, die aus guten Gründen dort Grünheide heißt, ein echter Glanzpunkt für das an Glanzpunkten arme Brandenburg ist.

Zwar ist die IG Metall auch bisher schon die stärkste Gruppe im Betriebsrat, aber eine absolute Mehrheit will Musk nicht. Und ich kann ihn verstehen, weil das, was die IG Metall will – 35-Stunden-Woche bei vollem Bezügen zum Beispiel – die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts gefährden würde. Musk, ein global mega-erfolgreicher Unternehmer, setzt auf direkte Kommunikation mit seinen Mitarbeitern und sagt, er brauche keine Vermittlung durch ‚externe‘ Organisationen wie Gewerkschaften.

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die IG Metall in Grünheide immer wieder Sand ins Getriebe der Gigafactory wirft und – wie Musk sagt – Unruhe stiftet. Musk droht deshalb indirekt sogar damit, den Ausbau der sogenannten „Gigafactory“ zu stoppen, wenn die IG Metall die Wahl gewinnt. Oder wie er es genau gesagt hat in seiner Videobotschaft: „Nun, die Dinge werden sicherlich schwieriger, wenn es sozusagen externe Organisationen gibt, die Tesla in die falsche Richtung drängen.“

Bei der vergangenen Betriebsratswahl 2024 stellte die IG Metall die größte Gruppe, die Sitzmehrheit ging aber an nicht gewerkschaftlich organisierte Vertreter. Musk will verhindern, dass ein mächtiger, feindlich gesinnter Block sein unternehmerisches Handeln beeinträchtigen könnte. Jeder Unternehmer würde das tun.

Gewerkschaften und Betriebsräte sind im Grunde natürlich wichtig und eine gute Sache. Man muss ja „die Leute mitnehmen“, sie anständig vertreten und dafür sorgen, dass die Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens teilhaben. Das ist Soziale Marktwirtschaft pur.

Wenn die Eigentümer Gewinne einfahren, ist es gut und richtig, wenn auch die Belegschaft daran partizipiert. Aber, liebe Freunde, was ist eigentlich, wenn Unternehmen in die Krise rutschen, gar von Insolvenz bedroht sind und sich verschulden müssen? Wo ist die Gewerkschaft, wo sind die Politik, die dann kommen und sagen: Jetzt müssen wir aber mal Gehalt kürzen oder wenigstens zwei Stunden in der Woche mehr arbeiten?

Ja, ich weiß, auch das hat es immer mal gegeben, wenn große Unternehmen sanieren mussten, um nicht pleite zu gehen. Geschenkt!

Aber in einer Zeit, in der sich Deutschlands Wirtschaft – und damit das ganze Land – in einer schweren Krise befindet, in der das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sinkt, in der jeden Monat 10.000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren gehen, in der im Maschinenbau, der Chemieindustrie und der Automobilbranche die Zahlen so schlecht wie selten sind – ist das die richtige Zeit für Streiks um weniger Arbeiten, aber gleichzeitig mehr Gehalt bekommen? Ist das die Aufgabe von Gewerkschaften?

Das Schweigen der Gärten: Wenn sich das Bürgertum aus dem politischen Prozess verabschiedet

Das deutsche Erfolgsmodell, das seit 1949 praktisch das Fundament unserer Bundesrepublik bildete, entstand nicht – und wurde nicht gepflegt und entwickelt – durch sogenannte Bildungs-Eliten, Großindustrielle oder politische Extremisten. Träger des Wirtschaftswunders, der Demokratie und des Rechtsstaates war immer die vielgepriesene Mitte: das Bürgertum, das sich vor allem durch seine Art der Lebensführung ganz von selbst definierte, weniger über Abstammung, sondern über das Versprechen: Wer arbeitet, sich an Regeln und Gesetze hält, eine Familie gründet und Verantwortung für sein direktes Umfeld übernimmt, wird mit Stabilität belohnt. Ein Bürgertum, das sich selbst durch Tugenden wie Anstand, Moral, Ehrlichkeit, Fleiß und Pünktlichkeit manifestierte.

Als ich Anfang der 2000er Jahre für einen führenden skandinavischen Medienkonzern arbeitete und viel Kontakt mit Kollegen aus Norwegen und Schweden pflegte, wurde mir deutlich, wie man uns Deutsche vom Ausland aus betrachtet.

Klar, Respekt hatte man schon vor unserer effektiven Art, Fußball zu spielen, oder vor unseren grandiosen Autobauern. Und vor Bier mit Reinheitsgebot und dem Oktoberfest. Klar, alles fein. Aber man machte sich auch lustig über den Mann aus der Geschäftsführung, der darauf bestand, seine Visitenkarten neu drucken zu lassen, weil das „Dr.“ vor seinem Namen fehlte.

Oder, kennen Sie den? Woran erkennt man, dass man in Deutschland ist?

Antwort: Wenn man nachts um 4 Uhr in einem kleinen Dorf an einer verlassenen Straßenkreuzung einen Einzelnen sieht, der an der Fußgängerampel steht und auf Grün wartet. Dann weiß man, dass man in Deutschland ist.

Wir sind so, wie wir sind, und ich fühle mich meistens wohl dabei

Urlaub am Meer, der gepflegte Garten, Grillen mit den Nachbarn und im Vertrauen darauf, dass die Welt von morgen für unsere Kinder wieder ein Stück besser wird.

Das Problem dabei ist, dass genau dieses Rückgrat unserer Gesellschaft seit Jahren bröckelt und zusammenzubrechen droht. Manche machen das am unerfreulichen Einfluss der sogenannten „68er“ fest, andere an Merkels fataler Fehlentscheidung 2015, alle Tore zu unserem Land sperrangelweit aufzureißen für jedermann. Beides ist richtig, aber beides springt zu kurz.

Es war die Mitte, die Extremen den Nährboden entzog, weil sie schlicht viel zu verlieren hatte. Und auch heute hat sie plötzlich wieder viel zu verlieren – auf einem, zugegeben, ganz anderen Niveau des Lebensstandards als in den 30er Jahren während der Weimarer Republik. Aber es gibt leider viele Parallelen und Vorboten, dass unser Bürgertum heute in Deutschland ähnlich kläglich versagen wird wie damals.

Das gilt auch für unsere politischen Repräsentanten

Ich habe bei jeder Bundestagswahl, bei der er auf dem Stimmzettel stand, Helmut Kohl gewählt. Ohne eine Sekunde zu zucken in der Wahlkabine. Und ich habe mich später immer wieder mal gefragt: Warum eigentlich? Denn auch da – besonders in den ersten Amtsjahren – lief ja nicht alles nur rund. Später, als die Deutsche Einheit, erkämpft auf den Straßen ostdeutscher Städte und möglich geworden durch Gorbatschow, Solidarność und Reagan, zu organisieren war, da war es leicht, für Kohl zu sein.

Das Erfolgsrezept des Mannes aus der Pfalz, geschmäht als „Birne“ und Provinzler, lässt sich in einer

kleinen, absolut wahren Geschichte erzählen.

Nach einem Staatsbesuch in Deutschland befand sich Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher auf dem Rückflug. Es muss Ende 1989 oder Anfang 1990 gewesen sein. Bundeskanzler Kohl hatte die „Eiserne Lady“ in seine pfälzische Heimat nach Deidesheim eingeladen, ließ dort seine Leibspeise Pfälzer Saumagen servieren und führte Thatcher anschließend durch den Dom zu Speyer. Der glaubhaften Überlieferung nach habe Thatcher im Regierungsflieger ihre Schuhe abgestreift, sich einen Drink bringen lassen und zu ihrem Berater Charles Powell seufzend gesagt: „Mein Gott, der Mann ist so deutsch!“ (*„My God, that man is so German!“*).

Das war nicht abwertend gemeint oder despektierlich, sondern eher eine Mischung aus Faszination und Befremden. Befremden, weil pfälzische Gemütlichkeit mit regionalem Essen ihrer britischen, steifen und bisweilen konfrontativen Art komplett widersprach.

Ich durfte das selbst einmal aus der Nähe erleben, als Bundeskanzler Kohl im März 1993 zu seinem Antrittsbesuch beim neuen Präsidenten Bill Clinton ins Weiße Haus reiste. Im Pressetross in der Kanzlermaschine hoch über dem Atlantik weckte uns Kohls damaliger Sprecher Andreas Fritzenkötter mit der guten Nachricht: Der Kanzler habe jetzt eine halbe Stunde Zeit für unsere Fragen. Der Besprechungsraum im Regierungsflieger war für vielleicht sechs Personen ausgelegt, wir waren etwa zwanzig damals. „Ist aber ein wenig eng hier, Herr Bundeskanzler“, wagte ein Kollege von ProSieben vorsichtig einzuwenden. Und Kohl zeigte auf den Teppichboden zu seinen Füßen und sagte: „Wieso, da ist doch reichlich Platz.“

Und so, ich schwöre es, setzten wir uns alle im Schneidersitz mit Kuli und Stenoblock zu Füßen des mächtigen Oggersheimers und lauschten seinen Worten.

Das war nicht anstrengend, es war großartig, informativ und unglaublich witzig. Kohl saß auf einer Art Campingstuhl zum Zusammenklappen, trug ein weißes Hemd ohne Krawatte, eine blaue Strickjacke und Hausschuhe. Unglaublich deutsch...

Mögen damals die öffentlich-rechtlichen Staatsfunken oder „Spiegel“ und „Stern“ gezeifert haben über die „Walz aus der Pfalz“ – die ganz normalen, kleinen Leute im Land konnten sich mit ihrem Helmut einfach persönlich identifizieren und nicht mit einem Oskar Lafontaine in Maßanzügen und mit einem eigenen Sternekoch zu Hause.

Aber kommen wir zum Heute

Das Gefühl der Sicherheit ist in unserem Land einem schleichenden Unbehagen gewichen.

Alles wird teurer, jeder Freiraum wird vom Staat eingenommen und geordnet, unsere Stadtbilder haben sich dank Merkel und ihren Klatschkolonnen massiv zum Unangenehmen verändert. Die Bürokratie greift bis in den Heizungskeller und den Garten. Und welcher Normalverdiener kann es sich heute in Deutschland noch leisten, ein eigenes Haus zu bauen? Sind die Renten noch sicher? Wird der Zahnarzt in Zukunft noch von der Solidargemeinschaft bezahlt?

Und linkswoke Eliten in den NGOs unserer Metropolen arbeiten an einer massiven Umgestaltung in unseren Köpfen. Die Nöte und Sorgen der „kleinen Leute“ spielen dabei keine Rolle mehr. So zieht sich unsereins ins Private zurück, schaltet die Nachrichten ab und konzentriert sich nur noch auf das eigene Erhalten des Status quo. Man geht nicht mehr zu Wahlen, und wenn, verteilt man „Denkzettel“ oder zieht mit dem roten Eddingstift einfach einen Strich über das Parteienangebot. Und wer es sich leisten kann, schafft sich eine Immobilie in der Schweiz oder in Ungarn an – im Irrglauben, dass es dort auf Dauer besser verlaufen wird.

Die Passivität der Vernünftigen ist das eigentliche Problem

Weil sie erst den Raum schafft für die Unvernünftigen, die einfache Lösungen und starke Sprüche zu bieten haben, aber sicher keine Lösungen für die zukünftigen Probleme unserer Kinder und Kindeskiner. Das Bürgertum wendet sich vom etablierten Betrieb ab und wählt aus Trotz so, wie es wählt – und das darf ihnen auch niemand streitig machen.

Aber wenn Sie im Geschichtsunterricht aufgepasst haben, dann wissen Sie, dass das manchmal kein gutes Ende nimmt. Wie in der Weimarer Republik wird das Bürgertum, wird die politische Mitte heute zerrieben zwischen neuen Anbietern mit politischen Konzepten von Links- und Rechtsaußen. Nicht Umsturzwillen und schwelender Hass extremistischer Zusammenschlüsse bringen eine Demokratie zu Fall, sondern dass die Bürgerlichen es zulassen.

Das liberale Bürgertum der 30er Jahre war durch die Hyperinflation von 1923 ökonomisch enteignet und psychologisch gebrochen. Es verlor den Glauben an die parlamentarische Lösung von Problemen. Dabei war das Bürgertum damals staatstragend im wahrsten Sinne des Wortes, solange es ihm wirtschaftlich gut ging. Als die Krise kam, zog es sich entweder in die politische Apathie zurück oder suchte Heil in autoritären Sehnsüchten. Man unterschätzte die Radikalen, hielt sie für „reinigende Kräfte“ oder glaubte, man könne sie irgendwie für die eigenen Interessen einbinden. Sie wissen, dass es nicht gut endete.

Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich

Wir stehen nicht am Abgrund in Deutschland, auch wenn uns das vermeintlich kluger Demagogen via YouTube- und TikTok-Videos in die Köpfe zu hämmern versuchen. Und nein, der Euro wird nicht abgeschafft, die EU auch nicht und „die Amerikaner“ vergiften uns auch nicht mit ihren Chemtrails. Aber wir lassen uns den Fortgang der Ereignisse aus den Händen nehmen – seit vielen Jahren. Und irgendwann auch unser kleines alltägliches, sehr deutsches Glück.

Deutschland heute, das ist keine Kopie von Weimar. Doch die Demokratie lebt nicht von ihren Paragraphen und Verboten, sondern von der Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung, aktiv mitzumachen und die Kontrolle über das, was uns ausmacht, zu behalten.

Erlauben Sie mir dazu am Schluss noch einen persönlichen Gedanken!

Als dieser Blog 2013 gegründet wurde, war die politische Ausgangssituation deutlich anders. Viele von Ihnen – so wie ich – hätten damals nicht für möglich gehalten, wie sich diese Gesellschaft entwickeln würde und zu was sie heute geworden ist.

Es ist an der Zeit durchzuatmen, nachzudenken und Dinge anders zu machen!

Das gilt auch und besonders für diesen bürgerlich-konservativen Blog, der für viele von Ihnen ein Hort politischer Selbstvergewisserung ist. Denn das Bürgertum, über das ich hier schreibe, das sind ja Sie. Es muss sich etwas ändern, auch hier. Dieser Blog muss sich neu erfinden. Endlose Debatten darüber, welche Partei jetzt aber die tollste ist – das langweilt irgendwann. Im Grunde schon lange. Mir ist egal, wen oder was Sie wählen. Mir ist wichtig, dass Sie wählen können und dass Sie es auch tun.

Vielleicht treten wir in einen Dialog darüber ein, welche Richtung dieser Blog zukünftig einschlagen soll. Vielleicht machen wir ein Portal daraus, in dem nur noch Bücher vorgestellt und diskutiert werden, die unsere Themen zum Gegenstand haben. Oder was auch immer.

Aufgeben ist keine Option. Irgendwas wird sich gravierend ändern, denn so geht es nicht weiter. Weder in Deutschland noch auf diesem Blog...

Wenn Sie mir persönlich Ihre Gedanken schreiben wollen: kelle@denken-erwuenscht.com